Beteiligungsbericht

2021

Stadt Erlenbach am Main

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Abschnitt A:	
Allgemeine Erläuterungen	1
I. Rechtsgrundlagen	2-5
II. Zweck des Beteiligungsberichtes	5
III. Kurzform des Beteiligungsberichtes	6-10
Abschnitt B:	
Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform	
1. EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain	11-12
2. EZV Energie- und Service Verwaltungsgesellschaft mbH	

Abschnitt A:

Allgemeine Erläuterungen

Durch die Gesetze vom 26. Juli 1995 und vom 24. Juli 1998 wurden die Vorschriften der Bayer. Gemeindeordnung über das kommunale Wirtschaftsrecht grundlegend überarbeitet und an die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt. Insbesondere wurde der Vorrang der öffentlichen Rechtsform für wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Unternehmen der Kommunen aufgegeben, eine neue öffentlich-rechtliche Rechtsform für kommunale Unternehmen, nämlich eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (sog. Kommunalunternehmen) eingeführt und die Unterscheidung nach wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Unternehmen abgeschafft. Das kommunale Wirtschafts- bzw. Unternehmensrecht ist nunmehr in den Art. 86 bis 96 GO geregelt. Danach gilt Folgendes:

I. Rechtsgrundlagen

1. Rechtsformen der gemeindlichen Unternehmen (Art. 86 GO)

Gem. Art. 86 GO kann die Gemeinde Unternehmen außerhalb ihrer allgemeinen Verwaltung in den Rechtsformen

- a) des Eigenbetriebes,
- b) des selbständigen Kommunalunternehmens des öffentlichen Rechts **und**
- c) des Privatrechts betreiben.

2. Allgemeine Zulässigkeit von gemeindlichen Unternehmen und Beteiligungen (Art. 87 GO)

Die Gemeinde darf ein Unternehmen i. S. v. Art. 86 GO nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck das Unternehmen erfordert, insbesondere wenn die Gemeinde mit ihm gesetzliche Verpflichtungen oder ihre Aufgaben gemäß Art. 83 Abs. 1 BV und Art. 57 GO erfüllen will,
- b) das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht,
- c) die dem Unternehmen zu übertragenden Aufgaben für die Wahrnehmung außerhalb der allgemeinen Verwaltung geeignet sind,
- d) bei einem Tätigwerden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt werden kann (Art. 87 Abs. 1 Satz 1 GO).

Alle Tätigkeiten oder Tätigkeitsbereiche, mit denen die Gemeinde oder ihre Unternehmen an dem vom Wettbewerb beherrschten Wirtschaftsleben teilnehmen, um Gewinn zu erzielen, entsprechen keinem öffentlichen Zweck (Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GO) und sind damit grundsätzlich unzulässig. Soweit jedoch Unternehmen entgegen Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GO vor dem 01.09.1998 errichtet oder übernommen wurden, dürfen sie weitergeführt, jedoch nicht erweitert werden (Art. 87 Abs. 1 Satz 3 GO).

Nach Art. 87 Abs. 2 GO darf die Gemeinde mit ihren Unternehmen außerhalb des Gemeindegebiets nur tätig werden, wenn dafür die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

Gem. Art. 87 Abs. 3 Satz 1 GO gilt für die **Beteiligung** der Gemeinde an einem Unternehmen Art. 87 Abs. 1 entsprechend. Art. 87 Abs. 2 GO gilt für die Beteiligung der Gemeinde an einem Unternehmen entsprechend, wenn sich die Gemeinde an einem auch außerhalb ihres Gebietes tätigen Unternehmen in einem Ausmaß beteiligt, das den auf das Gemeindegebiet entfallenden Anteil an den Leistungen des Unternehmens erheblich übersteigt (Art. 87 Abs. 3 Satz 2 GO).

Unbeachtlich der für die öffentlichen Sparkassen geltenden Vorschriften darf die Gemeinde **Bankunternehmen** weder errichten noch sich an ihnen beteiligen (Art. 87 Abs. 4 Satz 1 GO). Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht nicht besteht oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist (Art. 87 Abs. 4 Satz 2 GO).

3. Besondere Vorschriften für gemeindliche Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 92 GO)

Gemeindliche Unternehmen in Privatrechtsform und gemeindliche Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform sind gemäß Art. 92 Abs. 1 Satz 1 GO **nur zulässig**, wenn

- a) im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, daß das Unternehmen den öffentlichen Zweck gemäß Art. 87 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO erfüllt,
- b) die Gemeinde angemessenen Einfluß im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Gremium erhält,
- c) die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten, ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird.

Zur Sicherstellung des öffentlichen Zwecks von Gesellschaften mit beschränkter Haftung soll im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung bestimmt werden, daß die Gesellschafterversammlung auch über den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen und über den Abschluß und die Änderung von Unternehmensverträgen beschließt; in der Satzung von Aktiengesellschaften soll bestimmt werden, daß zum Erwerb und zur Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig wird (Art. 92 Abs. 1 Satz 2 und 3 GO).

Nach Art. 92 Abs. 2 GO darf die Gemeinde dem Erwerb von Unternehmen und Beteiligungen durch Unternehmen in Privatrechtsform, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, nur unter entsprechender Anwendung der für sie selbst geltenden Vorschriften zustimmen.

4. Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 93 GO)

Der erste Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung oder einem entsprechenden Organ. Mit Zustimmung des ersten Bürgermeisters und der weiteren Bürgermeister kann der Gemeinderat eine andere Person zur Vertretung widerruflich bestellen (Art. 93 Abs. 1 GO).

Die Gemeinde soll nach Art. 93 Abs. 2 GO bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung darauf hinwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat oder ein entsprechendes Gremium zu entsenden, soweit das zur Sicherung eines angemessenen Einflusses notwendig ist. Vorbehaltlich entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen haben Personen, die von der Gemeinde entsandt oder auf ihre Veranlassung gewählt wurden, die Gemeinde über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihr auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Soweit zulässig, soll sich die Gemeinde ihnen gegenüber Weisungsrechten im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung vorbehalten.

Wird die Person, die die Gemeinde vertritt oder werden die in Art. 93 Abs. 2 GO genannten Personen aus ihrer Tätigkeit haftbar gemacht, stellt die Gemeinde sie von der Haftung frei; bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit kann die Gemeinde Rückgriff nehmen, es sei denn, das schädigende Verhalten beruhte auf ihrer Weisung. Entsprechendes gilt für Personen, die auf Veranlassung der Gemeinde als nebenamtliche Mitarbeiter des geschäftsführenden Unternehmensorgans bestellt sind (Art. 93 Abs. 3 GO).

5. Sonstige Vorschriften für gemeindliche Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 94 GO)

Gehören der Gemeinde unmittelbar oder mittelbar

- a) die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts
oder
- b) gehört ihr mindestens $\frac{1}{4}$ der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu,

so **kann** sie gemäß § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) **verlangen**, daß das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlußprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen läßt;
2. die Abschlußprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlußprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluß aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlußprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Gehören der Gemeinde unmittelbar oder mittelbar

c) die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts

oder

d) gehört ihr mindestens $\frac{1}{4}$ der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu,

so **hat** sie gemäß Art. 94 Abs. 1 GO

1. darauf hinzuwirken, daß in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrundegelegt wird,
2. dafür Sorge zu tragen, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB aufgestellt und geprüft werden, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen,
3. die Rechte nach § 53 HGrG auszuüben,
4. darauf hinzuwirken, daß ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse (Prüfungs- und Einsichtsrechte) eingeräumt werden,
5. darauf hinzuwirken, daß jedes Mitglied des geschäftsführenden Unternehmensorgans vertraglich verpflichtet wird, die ihm im Geschäftsjahr jeweils gewährten Bezüge i. S. v. § 285 Nr. 9 Buchst. a HGB der Gemeinde jährlich zu Veröffentlichung entsprechend Art. 94 Abs. 3 Satz 2 GO mitzuteilen.

Ist die Gemeinde nicht unmittelbar oder mittelbar an einem Unternehmen in Privatrechtsform mit Mehrheit im vorgenannten Sinn beteiligt, so soll sie nach Art. 94 Abs. 2 Satz 1 GO, soweit ihr Interesse das erfordert, darauf hinwirken, daß in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag

a) der Gemeinde die Rechte nach § 53 Abs. 1 HGrG und

b) der Gemeinde und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die Befugnisse nach § 54 HGrG eingeräumt werden.

Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung $\frac{1}{4}$ der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften oder deren Zusammenschlüssen mit Mehrheit beteiligt ist (Art. 94 Abs. 2 Satz 2 GO).

Gemäß Art. 94 Abs. 3 GO **hat** die Gemeinde jährlich einen **Bericht über** ihre unmittelbaren und mittelbaren **Beteiligungen** an Unternehmen in Privatrechtsform **zu erstellen**, wenn ihr mindestens $\frac{1}{20}$ der Anteile eines Unternehmens gehört. Der Bericht ist dem Gemeinderat vorzulegen. Die Gemeinde hat ortsüblich darauf hinzuweisen, daß jeder Einsicht in den Bericht nehmen kann. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft,
- die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans gemäß Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO,
- die Ertragslage und
- die Kreditaufnahme

enthalten. Haben die Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklärt, sind ihre Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des HGB in den Anhang zum Jahresabschluß aufgenommen werden.

6. Grundsätze für die Führung gemeindlicher Unternehmen (Art. 95 GO)

Gemäß Art. 95 Abs. 1 GO sind Eigenbetriebe und Kommunalunternehmen unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Grundsätze und des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit so zu führen, daß der öffentliche Zweck erfüllt wird. Entsprechendes gilt für die Steuerung und Überwachung von Unternehmen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% beteiligt ist; bei einer geringeren Beteiligung soll die Gemeinde darauf hinwirken.

Nach Art. 95 Abs. 2 GO dürfen gemeindliche Unternehmen keine wesentliche Schädigung und keine Aufsaugung selbständiger Betriebe der Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie bewirken.

7. Anzeigepflichten (Art. 96 GO)

Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, Übernahme und wesentliche Erweiterung sowie die Änderung der Rechtsform oder der Aufgaben gemeindlicher Unternehmen,
2. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der Gemeinde an Unternehmen,
3. die gänzliche oder teilweise Veräußerung gemeindlicher Unternehmen oder Beteiligungen,
4. die Auflösung von Kommunalunternehmen

sind der Rechtsaufsichtsbehörde rechtzeitig, mindestens aber sechs Wochen vor ihrem Vollzug, vorzulegen. In den Fällen der vorstehenden Nummern 2 und 3 besteht keine Anzeigepflicht, wenn die Entscheidung weniger als 1/20 der Anteile des Unternehmens betrifft. Aus der Vorlage muß zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Unternehmenssatzung von Kommunalunternehmen ist der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

II. Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht soll dafür sorgen, daß die Erfüllung kommunaler Aufgaben trotz privatrechtlicher Ausgliederungen für die Kommune und den Bürger transparent bleibt. Er dient damit sowohl den politisch Verantwortlichen als auch den von ihnen vertretenen Bürgern primär als Informationsgrundlage. Indem er die gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen aufzeigt und, soweit möglich, die Ertragslage der Gesellschaften erläutert, stellt er darüber hinaus auch ein geeignetes Medium zum Management und Controlling der kommunalen Beteiligungen durch Politik und Verwaltung dar.

Im Bericht sind kraft Gesetzes nur die Unternehmen aufzunehmen, an denen die Kommune mit mindestens 5% unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Wie oben bereits ausgeführt, soll der Beteiligungsbericht insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
 - die Beteiligungsverhältnisse,
 - die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft,
 - die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans gemäß Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO,
 - die Ertragslage und
 - die Kreditaufnahme
- enthalten.

Die in Art. 94 Abs. 3 Satz 3 GO geregelte Verpflichtung zur Offenlegung der Einzelbezüge der geschäftsführenden Organe dient dazu, daß die Kommunen im Rahmen ihrer Einwirkungsmöglichkeiten überhöhten Geschäftsführergehältern im Hinblick auf die allgemeinen Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entgegenreten können, da diese Bezüge rechtlich nicht festgelegt sind. Die Pflicht zur Veröffentlichung im Beteiligungsbericht trifft die Gemeinde aber nur für solche Unternehmen in Privatrechtsform, an denen sie unmittelbar oder mittelbar entweder mit Mehrheit oder sie selbst mit mindestens 25% und zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit mindestens 50% beteiligt ist.

III. Kurzform des Beteiligungsberichtes

1.1. Beteiligung der Stadt Erlenbach

Ausweislich des nachfolgenden Beteiligungsberichtes war die Stadt Erlenbach am Main im Jahr 2021 an folgenden Unternehmen des privaten Rechts beteiligt, wobei keine Änderungen zu verzeichnen sind.

Unternehmen	Beteiligungsform	Beteiligt über	Anteil
EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain	unmittelbar	Betrieb gewerblicher Art	34,34 %
EZV Energie- und Service Verwaltungsgesellschaft mbH	unmittelbar	Betrieb gewerblicher Art	34,34 %

Hinsichtlich der gesellschaftsspezifischen Daten darf der Kürze halber auf den nachfolgenden Bericht verwiesen werden. Ab dem Gründungsjahr der GmbH 1999 bis formwechselnd 2004 und bis 2021 hat das Unternehmen/Nachfolgeunternehmen insgesamt 32,9 Mio. Euro Gewinne an Ihre Anteilseigner ausgeschüttet. Erlenbach sind demnach in diesem Zeitraum ca. 11,3 Mio. am Unternehmenserfolg zugeflossen.

Die EZV Energie- und Service Verwaltungsgesellschaft mbH ist gegenständlich laut Gesellschaftsvertrag mit dem Erwerb und der Verwaltung von Beteiligungen sowie der Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain betraut. Die voll erbrachten Stammeinlagen der Gesellschaft i. H. v. insgesamt 25.000 € werden im gleichen Verhältnis des Kapitals der EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG von identischen Gesellschaftern gehalten. Außer der Kapitalverzinsung und der Haftungsentschädigung hat die EZV Energie- und Service Verwaltungsgesellschaft mbH keine Einnahmen. Auch hält sie keine Beschäftigten.

Nachstehend wird in diesem Beteiligungsbericht deshalb vorwiegend auf das „aktive“ Unternehmen die EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain (nachfolgend EZV Energie- und Service) eingegangen.

In den Prüfungsberichten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH vom 23.06.2022 wird den Gesellschaften eine ordnungsgemäße, beweiskräftige und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Buchführung bescheinigt. Die Geschäftsführung wurde als ordnungsgemäß festgestellt und die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. In der Gesellschafterversammlung vom 04.07.2022 wurde dem Verwaltungsrat und der Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt.

1.2. Beteiligungen der EZV Energie- und Service an anderen Gesellschaften

Gesellschaft	in %	Kapitalquoten in €
Gasversorgung Unterfranken GmbH nachrichtlich: Gewinnausschüttung 2021	15,0%	2.250.000 € 975.000
E.ON AG Namens-Aktien (9.246 St. Aktien zum NW von ca.12,12 €) nachrichtlich: Dividende	< 0,1%	112.061,52 € 4.530,54 €
Uniper Namens-Aktien (924 St. Aktien zum NW von ca.41,75 €) nachrichtlich: Dividende	< 0,1%	38.577,00 € 64,68 €
Raiffeisen-Volksbank Miltenberg eG (1 Geschäftsanteil)	< 0,1%	120,00 €
City-Use GmbH & Co.KG Bad Neustadt	15,979%	215.905,00 €

1.3. Organe der EZV Energie- und Service

Organ	Mitglied	Funktion	vertretener Gesellschafter
Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung	1.Bürgermeister Michael Berninger	Vorsitzender	Stadt Erlenbach a. Main
	Leiter Kommunalmanagement Bernd Göttlicher	stellv. Vorsitzender	Bayernwerk AG
	1.Bürgermeister Andreas Fath	Gesellschafter	Stadt Wörth a. Main
	1.Bürgermeister Dietmar Fieger	Gesellschafter	Stadt Obernburg a. Main
Seit 01.05.2020	Benjamin Bohlender Jörg Barth Wolfgang Münzel	Verwaltungsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat	Stadt Erlenbach a. Main Stadt Erlenbach a. Main Stadt Erlenbach a. Main
Seit 01.05.2020	Martin Gundert Markus Denk Jochen Dotzel	Verwaltungsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat	Stadt Erlenbach a. Main Stadt Wörth a. Main Stadt Wörth a. Main
Seit 01.05.2020	Michael Fried Frank Wetzell Stefan Breunig Hedwig Bast Winfried Elbert Jürgen Wolf	Verwaltungsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat Verwaltungsrat	Stadt Wörth a. Main Stadt Wörth a. Main Stadt Obernburg a. Main Stadt Obernburg a. Main Stadt Obernburg a. Main Stadt Obernburg a. Main
Geschäftsführung	Norbert Berres		
Technische Leitung	Jürgen Hahn		
Kaufmännische Leitung	Stefan Baar		

1.4. Unternehmensgegenstand der EZV Energie- und Service

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen sowie von Industrie, Handel und Gewerbe im Gebiet der Städte Erlenbach a. Main, Wörth a. Main und Obernburg a. Main sowie der benachbarten Gebiete mit Energie einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen sowie der Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe und die Unterhaltung von Telekommunikationsanlagen, insbesondere eines Glasfasernetzes zur Gewährung von Breitband-Internetzugängen erwerben, errichten, betreiben oder pachten.

1.5. Wesentliche Verträge der EZV Energie- und Service

1. GmbH-Gründungsvertrag vom 05.08.1999
2. Gesellschaftssatzung vom 05.08.1999 formwechselnd aktualisiert am 26.08.2004, redaktionelle Anpassungen im Juli 2020
3. Konsortialvertrag vom 05.08.1999 formwechselnd aktualisiert am 31.05.2005
4. Geschäftsordnungen für Verwaltungsrat und Geschäftsführung, aktualisiert am 31.05.2005
5. Formwechsel zu GmbH & Co.KG lt. Vertrag vom 26.08.2004 (mit Fortschreibung der Verträge und Satzungen lt. Ziffern 1 – 3)
6. Stromlieferungsvertrag CityUSE Einkaufsgemeinschaft 27.02./16.3.2015 für 2017-2020
7. Kooperationsvertrag zur technischen Betriebsführung der Stadtwerke Klingenberg Bereich Strom vom 03.12.1998
8. Konzessionsverträge mit den Städten Erlenbach, Wörth und Obernburg nebst Stadtteilen über die Bereitstellung der Netze und die Nutzung öffentlicher Verkehrswege gültig bis 31.12.2029
9. Div. Dachnutzungsverträge für eigene PV – Anlagen 2007/2008/2009

10. Deponie Wörth und Schippach, Oberflächennutzung, Vertrag LRA Miltenberg v. 17.08.2009
11. Thüga Partnervertrag Breitband 04/2012
12. Bescheid vom 24.09.2013: Befristete wasserrechtliche Bewilligung bis zum 31.12.2064 für Wasserentnahme und Rückleitung zum Betrieb der Wasserkraftanlage
13. Breitbandausbauvertrag Oberburg vom Juli 2017
14. Verträge über die Auftragsverarbeitung personenbezogener Daten mit DL (Umsetzung der DSGVO)
15. 2019: Pachtvertrag mit der Stadt Wörth (zum Windkraftprojekt)
16. 2020: Formaländerungen in den Gesellschaftsverträgen
17. 2020: Projektrechteverkaufvertrag (zum Windkraftprojekt)

1.6. Personal der EZV Energie- und Service

Arbeitnehmer	Stand 01.01.2021	Stand 31.12.2021
Arbeiter	13,0	14,0
Angestellte	12,0	13,0
Auszubildende	<u>4,0</u>	<u>3,0</u>
Summe:	29,0	30,0
im kaufmännischen Bereich	13,0	14,0
im technischen Bereich	<u>16,0</u>	<u>16,0</u>
Summe:	29,0	30,0

1.7. Personalaufwand der EZV Energie- und Service

Vergütungen	1.549 T€
Aushilfen / Aufwandsentschädigungen	32 T€
Sozialversicherungen / Berufsgenossenschaft	321 T€
Altersvorsorgen / Beihilfen etc.	115 T€
Gesamtaufwand:	2.017 T€
Geschäftsführung Art.94 Abs.1 Satz 1 Nr. 5 GO	Schutzklausel gemäß § 286 Nr. 4 HGB

1.8. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der EZV Energie- und Service

Vermögens- und Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung zeigt die folgende Tabelle:

	2021
Operativer Cashflow	2,88 Mio. €
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-0,13 Mio. €
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-2,02 Mio. €
Zahlungswirksame Veränderung	1,75 Mio. €

Im Rahmen des Finanzmanagements wird eine fristenadäquate Finanzierung angestrebt, um eine nachhaltige finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Die Finanzmittel zum 31.12.2021 betragen 1,75 Mio. € (i. Vj. 1,02 Mio. €). Die EZV ist auch aufgrund der eingeräumten Möglichkeit der Refinanzierung über Kredite jederzeit in der Lage ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Liquiditätsengpässe sind weder eingetreten noch werden erwartet.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar (in Mio. €)

	2021	2020
Anlagevermögen	20,62	20,90
Umlaufvermögen	5,22	4,42
Aktiva	25,84	25,32
Eigenkapital	13,86	13,06
Sonderposten/Zuschüsse	1,45	1,29
Rückstellungen	2,56	2,32
Verbindlichkeiten	7,97	8,65
Passiva	25,84	25,32

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 betrug 25,84 Mio. € und liegt damit um 0,52 Mio. € über der des Vorjahres. Dies ist u.a. auf den Anstieg der Forderungen zurückzuführen.

Das Anlagevermögen lag zum Bilanzstichtag 31.12.2021 bei 20,62 Mio. € und damit um 0,28 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres. Die Eigenkapitalquote beträgt 54% (Vorjahr 52%).

Ertragslage

Die Erlöse ohne Stromsteuer sanken um 1,00 Mio. € auf 18,32 Mio. €. Davon betreffen 8,8 Mio. € Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf des eigenen Vertriebs. Einen großen Anteil an den Umsatzerlösen stellen zudem die Erlöse aus der Wälzung EEG-Einspeisungen dar, die von 4,97 Mio. € auf 4,37 Mio. € abnahmen.

	2021
Rohergebnis	6,56 Mio. €
Personalaufwand	-2,02 Mio. €
Abschreibungen	-1,13 Mio. €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1,86 Mio. €
Finanzergebnis	0,84 Mio. €
Steuern	-0,193 Mio. €
Jahresüberschuss	2,19 Mio. €

Das Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit liegt, ohne den Sondereffekt Projektverkauf Windenergieerzeugung, auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Ertragslage erlaubt es, aus dem Jahresüberschuss nach einer Einstellung in die Gewinnrücklagen von 0,8 Mio. € für das Geschäftsjahr 2021 1,40 Mio. € den Verrechnungskonten der Gesellschafter zuzuweisen.

Geschäftsjahr	Jahresergebnis vor Steuern	Jahresüberschuss nach Steuern
1999 (endgültig)	1.643.258,42 €	952.880,52 €
2000 (endgültig)	2.224.323,30 €	1.084.783,66 €
2001 (endgültig)	2.659.611,82 €	1.712.488,68 €
2002 (endgültig)	2.331.699,34 €	1.678.020,95 €
2003 (endgültig)	1.972.745,22 €	1.476.549,53 €
2004 (endgültig)	1.771.000,66 €	1.629.639,66 €
2005 (endgültig)	2.642.325,40 €	2.266.827,34 €
2006 (endgültig)	2.278.680,24 €	2.078.852,07 €
2007 (endgültig)	1.813.073,91 €	1.668.391,64 €
2008 (endgültig)	1.496.730,78 €	1.324.233,23 €
2009 (endgültig)	1.578.490,97 €	1.388.765,91 €
2010 (endgültig)	2.305.053,70 €	1.928.861,26 €
2011 (endgültig)	2.045.004,46 €	1.936.894,14 €
2012 (endgültig)	2.633.335,81 €	2.466.887,83 €
2013 (endgültig)	2.216.755,10 €	2.038.696,71 €
2014 (endgültig)	1.818.995,51 €	1.702.436,37 €
2015 (endgültig)	2.727.977,74 €	2.520.959,50 €
2016 (endgültig)	2.087.645,64 €	1.926.394,36 €
2017 (endgültig)	2.051.639,00 €	1.761.599,68 €
2018 (endgültig)	2.090.857,59 €	1.945.743,36 €
2019 (endgültig)	2.329.413,95 €	2.201.331,08 €
2020 (endgültig)	2.972.158,54 €	2.709.093,29 €
2021 (endgültig)	2.206.394,23 €	2.199.703,49 €

Abschnitt B:

Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform

1.
EZV Energie - und Service GmbH & Co. KG Untermain
Landstraße 47, 63939 Wörth am Main

unmittelbar 34,34 %

1.1. Allgemeine Daten 2021

Stammkapital		1.000.000 €
Gründung durch Formwechsel (rückwirkend wirksam zum 01.01.2004)		26.08.2004
Versorgungsgebiet		Städte Erlenbach am Main Obernburg am Main Wörth am Main
Kunden		ca. 10.000
Stromversorgung	64.962 MWh	66.168 MWh
Umsatzerlöse aus Stromverkauf	(Vorjahr 18.480 T€)	17.373 T€
Bilanzsumme zum 31.12.		25.841.590,19 €
Eigenkapital zum 31.12.		13.860.789,78 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31.12. (Anteil Erl. 34,34% = 2.131 T€)		6.205.925,29 €
Anlagevermögen zum 31.12.		20.618.268,64 €
davon Sachanlagen		15.917.461,91 €
Jahresgewinn nach Steuern	(Vorjahr 2.709 T€)	2.206.394,23 €
Gewinnausschüttung nach Steuern		1.400.000,00 €

2.
EZV Energie - und Service Verwaltungsgesellschaft mbH
Landstraße 47, 63939 Wörth am Main

unmittelbar 34,34 %

2.1. Allgemeine Daten

Stammkapital	25.000 €
Gründung	26.08.2004
Beteiligung als Komplementär der EZV Energie- und Service GmbH & Co. KG Untermain	Persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter
Umsatzerlöse (Haftungsentschädigung)	1.250,00 €
Aufwand	2.163,25 €
Bilanzsumme zum 31.12.	31.814,33 €
Eigenkapital zum 31.12.	30.081,83 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31.12. (Anteil Erl. 34,34% = 0,00 €)	0,00 €
Anlagevermögen zum 31.12.	0,00 €
davon Sachanlagen	0,00 €
Jahresfehlbetrag nach Steuern (vorgetragen auf neue Rechnung)	- 913,25 €
Gewinnausschüttung nach Steuern	0,00 €

2.2. Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	in %	Kapitalquoten in €	
		EZV GmbH & Co KG	EZV Verwg.mbH
Stadt Erlenbach a. Main	34,34%	343.400 €	8.600 €
Bayernwerk AG	28,90%	289.000 €	7.200 €
Stadt Wörth a. Main	26,52%	265.200 €	6.650 €
Stadt Obernburg a. Main	10,24%	102.400 €	2.550 €
Summe:	100,00%	1.000.000 €	25.000 €